

**Bezirksamtsvorlage Nr. 370**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 26.09.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Vergabe Telefondolmetschdienst für die Jahre 2024 bis 2026

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Umsetzung eines Telefondolmetschdienstes in den Jahren 2024 bis 2026

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeister beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Der gleichberechtigte Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung von Personen mit mangelnden Deutschkenntnissen wird durch die Fortführung des Telefondolmetschdienstes gefördert.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine

10. Mitzeichnung(en):

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

---

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über Vergabe Telefondolmetschdienst für die Jahre 2024 bis 2026

Das Bezirksamt hat am 19.09.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes zur Kenntnis zu bringen:

**Die Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Umsetzung eines Telefondolmetschdienstes in den Jahren 2024 bis 2026**

Begründung:

Das Bezirksamt setzt seit dem 05.12.2016 einen telefonischen Dolmetschdienst ein. Dieser Dienst kann von allen Mitarbeitenden des Bezirksamtes sowie der bezirklichen Schulen für eine bessere Kommunikation mit Bürger\*innen genutzt werden.

Die Nutzung des Telefon-Dolmetschdienstes ist ohne technischen Zusatzaufwand möglich, steigt stetig an und hat sich mit 600 Nutzer\*innen etabliert. Es ist beabsichtigt, ab September 2023 eine erneutes Vergabeverfahren durchzuführen. Die Dienstleistung soll reibungslos ab dem 01.01.2024 fortgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsmittel wurden im HHPl 2024/25 unter 3300 54010 eingestellt.

Um allen Bürger\*innen einen gleichberechtigten Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu gewährleisten und evtl. Hürden aufgrund von Sprache abzubauen, ist die Fortführung des Telefondolmetschdienstes unbedingt und ohne Unterbrechung weiterzuführen. Keine Person sollte aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen zurückgewiesen werden. Der Telefondolmetschdienst erleichtert nicht nur die tägliche Arbeit der Mitarbeitenden des Bezirksamtes mit Bürger\*innen, sondern fördert auch eine gute Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger\*innen.

A) Rechtsgrundlage

§36 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Für den Dienst ist im Doppelhaushalt 2024/2025 ein jährlicher Betrag in Höhe von 50.000 EUR vorgesehen (Kapitel 3300 Titel 54010). Eine Verlängerung des Dienstes im Jahr 2026 ist möglich, sofern entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden können.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Die Vorbereitung und Durchführung der Vergabe sowie die Betreuung des telefonischen Dolmetschdienstes erfolgt im Rahmen der laufenden Aufgabenerledigung durch das Büro für Partizipation und Integration und der Vergabestelle.

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den

Bezirksbürgermeisterin Remlinger